



Stephan Thomae, MdB
Stellvertretender Vorsitzender
Fraktion der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

Stephan Thomae, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn
Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Berlin, 29.09.2020

Stephan Thomae MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

Hauptstadtbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227-75-787
Fax: (030) 227-76-787
stephan.thomae@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Dieselstraße 1
87437 Kempten
Tel.: (0831) 960 873 - 23
Fax: (0831) 960 873 - 30
stephan.thomae.wk@bundestag.de

www.stephan-thomae.de

Auswirkungen der Reisewarnung für Vorarlberg und Tirol in den Grenzregionen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

aufgrund der steigenden Corona-Infektionszahlen in Österreich hat das Auswärtige Amt am 24.09.2020 für das Bundesland Vorarlberg und am 25.09.2020 ebenso für das Bundesland Tirol eine offizielle Reisewarnung verhängt.

Problematisch ist die Situation nun allerdings in den Grenzregionen zu Deutschland – allen voran in den zwei Enklaven Kleinwalsertal, Vorarlberg, sowie Jungholz, zugehörig zum Tannheimer Tal, Tirol. In diesen Regionen gibt es keinen bzw. gab es nur vereinzelte Fälle von Covid-19 Erkrankten. Diese werden aber aufgrund der hohen Infektionszahlen in Ballungsgebieten wie Innsbruck oder Dornbirn in Sippenhaft genommen. Gerade für das Grenzgebiet zum Allgäu ist dies ein untragbarer Zustand, der von den betroffenen Regionen und den dort lebenden Menschen nicht nachvollzogen werden kann.

Sicher ist es wichtig und notwendig, in einer pandemischen Lage rechtzeitig und schnell zu handeln. Dazu gehört natürlich auch das Aussprechen von Reisewarnungen, wenn in betroffenen Ländern die Fallzahlen zu hoch ansteigen und somit von Wiedereinreisen aus diesen Ländern eine Gefahr für neue Infektionsketten besteht. Dies schließt allerdings nicht aus, die jeweilige Situation nüchtern zu betrachten und pragmatische Lösungen für das Geschehen vor Ort zu finden.



Die Regionen Kleinwalsertal und Tannheimer Tal leben vom Tourismus. Allein im Tannheimer Tal kommt deutlich mehr als die Hälfte der Touristen aus Deutschland. Für die Tourismusbranche stellt die nun getroffene Reisewarnung einen enorm herben Rückschlag nach einem ohnehin bereits sehr schwierigen Wirtschaftsjahr dar. Viele Touristen, die bislang eine Reise dorthin geplant hatten, sind nun stark verunsichert, und ein Großteil plant die Reise bereits um. Auch für die Einwohner von Jungholz oder dem Kleinwalsertal ist die Situation sehr angespannt, da sie nur aus triftigem Grund nach Deutschland dürfen.

Nach derzeitiger Lage müssen sich Personen, die nach Bayern einreisen und sich in den vergangenen 14 Tagen in einem Risikogebiet aufgehalten haben, nach Angaben des Bayerischen Gesundheitsministeriums 14 Tage in Quarantäne begeben, sofern sie keinen aktuellen und gültigen negativen Corona-Test vorweisen können. Die Quarantäne endet vorzeitig, sobald dem Gesundheitsamt ein negatives Testergebnis vorliegt. Zumindest Pendler können die Grenze derzeit ohne Test- und Quarantänepflicht passieren. Dies gilt für jene, die keine Symptome haben und sich nicht mehr als 48 Stunden im Risikogebiet aufhalten. Einkaufsfahrten von Österreich nach Deutschland sind nur noch mit negativem Testergebnis möglich.

Menschen aus Deutschland dürfen derzeit nach Vorarlberg oder Tirol fahren, um dort einzukaufen, zu wandern, im Sportverein zu trainieren oder Freizeitanlagen zu besuchen. Der Aufenthalt muss jedoch kürzer als 48 Stunden sein. Gerade also bei Aufenthalten in Hotels wird die 48 Stunden Regel meist überschritten.

Als Allgäuer Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion bitte ich Sie daher, die derzeitige Reisewarnung nach Vorarlberg und Tirol auf die regionalen Besonderheiten zu überprüfen und klare Ausnahmeregelungen für die betroffenen Enklaven zu schaffen.

Es ist wichtig, in dieser pandemischen Lage auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu achten. Gleichzeitig ist



es aber auch essentiell, dass wir eben diese bei den zu treffenden Maßnahmen mitnehmen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist dabei stets oberste Maxime. Wenn wir der Bevölkerung vor Ort die getroffenen Maßnahmen nicht erklären können, ist es unsere Pflicht, die Maßnahmen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls abzuändern oder aufzuheben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Stephan Thomae'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'S'.

Stephan Thomae

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender